

Detmolder Alternative

-Opposition von unten-

Haushaltsrede am 07.03.2013
von Ratsmitglied Heinz-Jürgen Keller

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Herr Bürgermeister, verehrte Ratsfrauen und Ratsherren,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

in meiner heutigen Haushaltsrede für das Haushaltsjahr 2013 werde ich die Gründe für mein heutiges Abstimmungsverhalten darlegen.

Auch für den Haushalt 2013 habe ich für die Detmolder Alternative verschiedene Anträge und Vorschläge eingebracht. Die meisten dieser Anträge sollten einkommensschwache Familien und alleinstehende Bürgerinnen und Bürger entlasten und sicherstellen, dass auch dieser Teil der Detmolder Bevölkerung am kulturellen Leben teilnehmen und weiterhin die öffentlichen Einrichtungen nutzen kann -denn der Mensch lebt nicht von Brot allein!

Leider wurden die von mir für die Detmolder Alternative eingebrachten Anträge mehrheitlich vom Detmolder Rat oder in den Ausschüssen abgelehnt.

Aber lassen Sie mich erst auf die derzeitige Haushalts-situation zu sprechen kommen:

Die Gesamtverschuldung Anfang 2012 betrug 160,1 Mio. EUR und beläuft sich zum Ende des Jahres 2012 auf 150,6 Mio. EUR. Ein schweres Erbe für die zukünftigen Generationen.

Wie uns der Kämmerer Herr Benkmann bei der Einbringung des Entwurfs des Haushalts 2013 am 27. 09.2012 mitteilte, ist das gute Haushaltsergebnis für das Haushaltsjahr 2012 in 2013 nicht wiederholbar.

Im neuen Haushalt 2013 müssen wieder neue Schulden aufgenommen werden.

Die Kassenkredite steigen von 9,1 Mio. EUR (2012) auf 15,7 Mio. EUR (2013).

Die im letzten Haushaltsjahr beschlossene Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer zur Reduzierung der Schulden/ Kassenkredite verfehlt hier kurzfristig ihr Ziel.

Die im Haushaltsentwurf 2013 aufgezeigte optimistische Entwicklung des Schuldenstandes bezüglich der Kassenkredite ist sympathisch, aber doch gewagt.

Denn wie heißt es so schön: „Man soll den Tag nicht vor

dem Abend loben“.

Die Stadt Detmold muss in 2013 rund ca. 190 Mio. EUR ausgeben, um ihren kommunalen Pflichtaufgaben nachkommen zu können. Mehr als Dreiviertel dieser Ausgaben gehen für Sozialleistungen, Personalkosten, Vorsorgeaufwendungen drauf. Der Rat hat hier also keinen politischen Einfluss. In nur einem kleinen Bruchteil der Ausgaben kann der Rat „gestalterisch“ eingreifen.

Bis 2016 sollen nach dem Haushaltsplanentwurf 2013 die Kassenkredite von 15,7 Mio. EUR auf Null schrumpfen und die gesamten Schulden von 168,1 Mio. EUR auf 161,6 Mio. EUR zurückgehen.

Der Rückgang der Schulden um ca. 7 Mio. Euro ist begrüßenswert, aber

der verbliebende Schuldenberg wird für die nachfolgenden Räte eine große Haushaltsbelastung sein. Die Gefahr, in die Haushaltssicherung zu gleiten, ist für die Zukunft nicht ausgeschlossen.

Diese Schulden kann die Stadt Detmold in Form von Steuer- und Gebührenerhöhungen -was sie 2012 auch getan hat- reduzieren. Um weiter die Schulden zu reduzieren, spart die Stadt Detmold leider auch bei ihren freiwilligen kommunalen Aufgaben wie z. B. bei der Musikschule, bei der Stadtbücherei, bei dem Straßentheaterfestival, bei der Volkshochschule u.s.w.

Es gibt aber für die Stadt Detmold noch weitere Einsparmöglichkeiten, die aber leider politisch nicht gewollt sind. So bräuchte die Streichung des Ausbaus Friedrichstaler Kanal und des Wallgrabens -nach altem Stand- 300.000 Euro, und würde man die günstigere Variante (Gutachten zur Sanierung der Heinrich-Drake-Realschule vom 30.08.2010) für die Sanierung der Heinrich-Drake-Realschule politisch wollen, wären Mio. EUR gespart.

Wie in den letzten Haushaltsplanberatungen, so sind auch in den Haushaltsplanberatungen 2013 meine Anträge der politischen Unvernunft und dem Spardiktat zum Opfer gefallen.

Ich habe zum Beispiel beantragt:

**„Mobi-Ticket“ zum Preis von 10,00 EUR für Familien-, Erziehungs- oder Bedarfsgemeinschaften

(Auf unsere Initiative hin ist das „Mobi-Ticket“ 2008 eingeführt worden. Seit 2009 hat sich die Anzahl der „Mobi-Ticket“

Nutzer nahezu verdoppelt- auf jetzt über 1000 NutzerInnen monatlich. Diese Kunden hat die SVD als Neukunden gewonnen und entsprechend mehr eingenommen.

Vom Land bekommt die Stadt Detmold Zuwendungen, um das „Mobi-Ticket“ preiswerter anzubieten. Leider wurde der Zuschuss in 2012 nicht weitergegeben und auch für 2013 ist keine Preissenkung geplant.)

**Der „Detmold-Pass“ wird erweitert

(Kostenlose Nutzung der Stadtbücherei; ermäßigte Eintrittspreise für das Aqualip; zwei Mal freier Eintritt im Theater für SGB II-BezieherInnen und Menschen mit geringem Einkommen.)

**Finanzierung einer unabhängigen Beratungsstelle „Widerspruch“- nach dem Vorbild der Stadt Bielefeld-

(SozialhilfeempfängerInnen, Arbeitslose und Detmold-PassinhaberInnen werden beraten. Dafür werden 50.000 EUR für Personal- und Sachkosten bereitgestellt.)

**Einrichtung eines „Notfonds“ durch die Stadtwerke Detmold

(Einkommensschwache Menschen, die von einer Stromsperre/ Gassperre bedroht sind, soll mit diesem „Notfonds“ geholfen werden, um eine Sperre zu verhindern.)

**Zusätzliche 6000,- EUR für die Beratungsarbeit der Flüchtlingshilfe Lippe e. V.

(Um ihre mobile Beratungsarbeit auch im Jahr 2013 fortführen zu können, benötigt die Flüchtlingshilfe Lippe e. V. zusätzliche finanzielle Hilfe. [Durch verspätete Zustellung der Anträge durch die Post ist die Flüchtlingshilfe Lippe e. V. aus der Förderung des Europäischen Flüchtlingsfonds herausgefallen]).

Herr Bürgermeister, sehr verehrte Ratsfrauen und Ratsherren,

die Verschuldung der Kommunen in NRW ist auch mit ein Ergebnis der Finanzpolitik des Bundes.

Viele Aufgaben

z. B. im sozialen Bereich werden den Kommunen auferlegt ohne dafür einen entsprechenden Finanzausgleich zu erhalten.

Hier müssen die Kommunen über ihre politischen

VertreterInnen im Bundes- und Landparlament verstärkt

Gegen-Druck erzeugen, damit die Finanzierung der Haushalte der Gemeinden in Zukunft gesichert ist.

Es ist hinreichend bekannt, dass dem Bund durch folgende nicht erhobene Steuern und Abgaben Milliarden an Steuereinnahmen entgehen:

***Banken:

*Finanztransaktionsteuer	+27 Milliarden EUR
*Bankenabgabe	+10 Milliarden EUR

***Konzerne:

*Unternehmensbesteuerung	+40 Milliarden EUR
*Höhere Löhne	(weg mit Hartz IV, Mindestlohn)

***Reiche und Superreiche:

*Millionärsteuer	+80 Milliarden EUR (Privatvermögen von mehr als 1 Mio. EUR mit 5% besteuern)
*Erbchaftsteuer	+7 Milliarden EUR (gerechte Besteuerung großer Erbschaften)
*Höhere Steuer für Einkommensmillionäre	+5 bis 11 Milliarden EUR
*Konsequenter Steuervollzug	+15 Milliarden EUR
*Einmalige Vermögensabgabe für Millionäre	+560 Milliarden EUR (Abgabe von 30%)

Würde der Bund diese Steuern einnehmen, kämen zusätzlich bis zu 190 Milliarden EUR in den Staatshaushalt. Dadurch würden sich die Staatsschulden verringern. Die Länder und Kommunen würden davon profitieren.

Wie sie sehen, verehrter Bürgermeister, verehrte Ratsfrauen und verehrte Ratsherren: Geld ist genug da, man muss es sich nur bei den entsprechenden Stellen holen.

(Leider hat der Rat in seiner letzten Sitzung den Antrag mehrheitlich abgelehnt, sich dem Bündnis „Vermögensteuer jetzt“ anzuschließen. Ein wichtiges Signal wurde nicht genutzt, um auf die schlechte finanzielle Situation der Kommunen aufmerksam zu machen.)

Trotz dieser vom Bund nicht eingeforderten Steuern, gibt es genug Geld! Denken Sie mal an die Hilfen für die Banken oder an das viele Geld für das Militär (z. B. wird derzeit für 100 Mio. EUR ein Gefechtsübungszentrum in der Colbitz-Letzlinger Heide gebaut. Dort soll auf einem Gelände von 6 km² eine Phantom-Metropole mit über 500 Gebäuden, inkl. Altstadt-

viertel, Industrieviertel, Industriegebiet, Regierungsgebäude, Armenviertel, 20 km Straßen, einem breiten Fluss, Auto- und U-Bahn entstehen, um den Häuserkampf für ihre Auslandseinsätze zu üben.)

Eine weitere Steuerverschwendung wird in dem jährlichen Bericht des „Bundes der SteuerzahlerInnen“ aufgezeigt. Milliarden werden jährlich durch unsinnige Projekte verschwendet.

Dieses Geld sollte besser an die Länder und Kommunen weitergegeben werden, damit die Verarmung der Kommunen nicht weiter zunimmt.

Ich komme nun zum Schluss meiner Rede.

Mein Fazit:

Es muss keine verarmten Kommunen geben, denn wir leben in einem reichen Land, aber leider-wie schon in meiner Rede erwähnt- mit einem großen Verteilungsproblem!

Ändern wir gemeinsam durch politisches Handeln diesen Zustand!

Verehrter Herr Bürgermeister, verehrte Ratsfrauen und RATHERREN, ich werde dem Haushalt 2013 aus o. g. Gründen/ nicht/ zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.